

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/8213 –

Gedenken der Bundesregierung an 75 Jahre Überfall auf die Sowjetunion**Vorbemerkung der Fragesteller**

Am 22. Juni 2016 jährt sich der Angriff Nazideutschlands auf die Sowjetunion zum 75. Mal. Der Überfall des faschistischen Deutschlands war die größte geschichtliche Katastrophe im 20. Jahrhundert. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion begann auch die entscheidende Phase im Plan der Nazis, „das Judenproblem zu lösen“ (www.yadvashem.org/yv/de/holocaust/about/04/ussr.asp). Es gibt viel Anlass, die Erinnerung daran lebendig zu halten; gerade wenn man es ernst meint mit der Schlussfolgerung nach der Befreiung 1945: „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“.

Das Deutsche Historische Museum in Berlin ordnet den Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 wie folgt ein: „Die Nationalsozialisten gingen von der sozialdarwinistischen Vorstellung eines naturgegebenen ‚Kampfes um das Dasein‘ der Völker und Rassen aus. Die Sowjetunion galt als Träger des ‚jüdischen Bolschewismus‘ und als eine unmittelbare Bedrohung für das Deutsche Reich. Aus nationalsozialistischer Sicht war der Kampf der überlegenen ‚arischen Rasse‘ gegen die sowjetischen ‚Untermenschen‘ unausweichlich. [...] Der Feldzug im Osten war von Beginn an als ideologischer Weltanschauungs- und rassebiologischer Vernichtungskrieg konzipiert. Im Vordergrund standen die Eroberung von ‚Lebensraum‘ sowie die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Gebiete und der dort lebenden Menschen als Zwangsarbeiter. Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der sowjetischen Führungsschicht war von Anfang an vorgesehen. Zudem ordnete der ‚Kommissarbefehl‘ vom 6. Juni 1941 die sofortige Liquidierung von gefangenen kommunistischen Kommissaren der Roten Armee an“ (www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/ueberfall-auf-die-sowjetunion-1941.html).

Der Historiker Dr. Christian Hartmann vom Institut für Zeitgeschichte in München ordnet den Überfall auf die Sowjetunion als Anfang vom Ende des faschistischen deutschen Regimes ein: „Mehr als anderthalb Jahre lang sah es so aus, als seien die Deutschen unbesiegbar. Die Wehrmacht überrannte 1939 Polen, 1940 eroberte sie Dänemark und Norwegen und binnen weniger Wochen Frankreich, 1941 besetzte sie Jugoslawien und Griechenland. Zum Verhängnis wurde den Deutschen erst der Angriff auf die Sowjetunion, den das Großdeutsche Reich am 22. Juni 1941 ohne Not und ohne Kriegserklärung eröffnete. Erst jetzt

begann Hitlers Stern zu sinken. Erst in der Roten Armee traf die Wehrmacht auf einen am Ende überlegenen Gegner. Erst in der Unendlichkeit des sowjetischen Kriegsschauplatzes kam es zur militärischen Wende“ (www.zeit.de/zeitgeschichte/2011/02/Kriegsverlauf).

Mit mehr als 26 Millionen Toten hatte die Sowjetunion die meisten Toten, zwei Drittel davon waren Zivilisten. Einige russische Experten gehen aber von noch höheren Opferzahlen aus (<http://de.euronews.com/2015/05/04/wie-der-zweite-weltkrieg-russland-gepragt-hat>). Von den etwa 5,7 Millionen Rotarmisten überlebten 3,3 Millionen die deutsche Gefangenschaft nicht (www.zeit.de/news/2015-05/08/geschichte-hintergrund-der-zweite-weltkrieg-in-zahlen-und-fakten-08065612). 1 710 Städte, 70 000 Dörfer, 32 000 Fabriken, 2 766 Kirchen und Klöster, 4 000 Bibliotheken und 427 Museen wurden von den deutschen Besatzern zerstört. Im Zuge des Überfalls gab es Massaker wie das bei Babi Jar, bei dem am 29. und 30. September 1941 in mörderischer Zusammenarbeit von Wehrmacht und SS über 33 000 jüdische Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Kiew in eine Schlucht getrieben und ermordet wurden. Auch als „Zigeuner“ verfolgte Menschen und sowjetische Kriegsgefangene zählten zu den späteren Opfern. Insgesamt wurden nach Untersuchungen der sowjetischen Staatskommission in Babi Jar rund 100 000 Menschen ermordet (www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/voelkermord/massenmorde-von-babi-jar-1941.html).

Ein weiteres der eklatantesten Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht während des Krieges gegen die Bevölkerung der Sowjetunion war die Blockade von Leningrad. Drei Jahre lang, vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944, belagerte die Wehrmacht Leningrad; im September 1941 schlossen Wehrmacht und Waffen-SS einen Ring um die Stadt, woraufhin fast keine Lebensmittel mehr hineingelangten. In den Jahren der Blockade starben nach Schätzungen über 1 Million Menschen (www.taz.de/!5236406).

An die deutsche Invasion am 22. Juni 1941 erinnern Russland und andere frühere Sowjetrepubliken mit Schweigeminuten und Gedenkveranstaltungen. In vielen Städten versammeln sich Menschen mit Kerzen auf öffentlichen Plätzen.

1. Teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis die Auffassung, dass der Überfall auf die Sowjetunion ein Angriffskrieg war, den Nazideutschland „ohne jede Not eröffnet“ und von „vornherein als rassenideologischen Vernichtungskrieg“ konzipiert hatte, wobei „die Initiative zu diesem Krieg allein von Deutschland ausging“ (www.chbeck.de/fachbuch/zusatzinfos/Leseprobe_Unternehmen-Barbarossa.pdf)?

Nach Einschätzung der Bundesregierung handelte es sich bei dem Überfall auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 um einen unprovokierten Angriffskrieg des „Dritten Reiches“. Im Übrigen ist es nicht Aufgabe der Bundesregierung, rechts- oder geschichtswissenschaftliche Auffassungen zu kommentieren.

2. Welche Veranstaltungen zum 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 führt die Bundesregierung im Inland im Jahr 2016 in Eigenregie durch (bitte entsprechend nach Ressort, Veranstaltung, Ort und finanzielle Kosten einschließlich der Haushaltstitel, aus denen die Kosten gedeckt werden, auflisten)?

- a) An welchen Veranstaltungen wird die Bundeskanzlerin teilnehmen?
- b) Welche Bundesministerinnen und -minister werden an den entsprechenden Gedenkveranstaltungen teilnehmen?
- c) An welchen Veranstaltungen wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Bundespräsident teilnehmen?

Die Fragen 2 bis 2c werden zusammengefasst beantwortet. Es entspricht dem Verständnis der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, dass die Bundesregierung die Aufarbeitung von Geschichte sowie entsprechende Gedenkveranstaltungen nicht in Eigenregie durchführt, sondern deren Konzeption und Durchführung den fachkundigen (insbesondere bundesunmittelbaren) Einrichtungen der politischen, historischen und kulturellen Bildung überlässt, um ein wissenschaftlich fundiertes und gesellschaftlich verankertes Erinnerungswesen zu fördern. Weder im Inland noch im Ausland richtet die Bundesregierung entsprechende Gedenkveranstaltungen in Eigenregie aus. Damit wird die Frage nach einer Teilnahme von Regierungsvertretern hinfällig. Bezüglich einer Förderung durch die Bundesregierung von Veranstaltungen beziehungsweise Einrichtungen, die Veranstaltungen ausrichten, wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

3. Welche Veranstaltungen zum 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 führt die Bundesregierung im Ausland im Jahr 2016 in Eigenregie durch (bitte entsprechend nach Ressort, Veranstaltung, Ort und finanzielle Kosten einschließlich der Haushaltstitel, aus denen die Kosten gedeckt werden, auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

- a) An welchen Veranstaltungen wird die Bundeskanzlerin teilnehmen?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

- b) Welche Bundesministerinnen und -minister werden an den entsprechenden Gedenkveranstaltungen teilnehmen?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

- c) An welchen Veranstaltungen wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Bundespräsident teilnehmen?

Aktuell gibt es keine Planungen des Bundespräsidenten, an nationalen oder internationalen Veranstaltungen zum Gedenken an das Ereignis „75 Jahre Überfall auf die Sowjetunion“ teilzunehmen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

4. In welcher Höhe stellt die Bundesregierung finanzielle Mittel für eigene Veranstaltungen im Rahmen des Gedenkens an den 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zur Verfügung (bitte entsprechend nach In- und Ausland getrennt angeben)?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

5. Inwieweit wird es nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Gedenkens anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion spezielle Veranstaltungen zu diesem Thema in Liegenschaften der und durch die Bundeswehr geben (bitte mit Kurzangabe des Themas, ggf. des Veranstalters, der Art der Veranstaltung, Ort und Zeitpunkt, Art der Unterstützung sowie der bereitgestellten finanziellen Mittel aufführen)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind folgende Veranstaltungen geplant:

- 15. Juni 2016 – Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam; Vortrag zum Thema: „Friedrich Paulus. Das Unternehmen Barbarossa und der Mythos vom Präventivkrieg“; beantragte Mittel 420 Euro. (Der Vortrag wird im Rahmen der regelmäßigen Quartalsvorträge des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam angeboten.)
 - 6. Juni 2016 – Militärhistorisches Museum der Bundeswehr in Dresden; Vortrag von Jens Wehner, Historiker und Kurator am Militärhistorischen Museum der Bundeswehr zum Thema: „Vor 75 Jahren: Barbarossa – Die vergessenen Panzerschlachten“; beantragte Mittel 1 953 Euro.
-
6. Welche Organisationen (Nichtrégierungsorganisationen, staatliche Institutionen, Museen etc.) fördert die Bundesregierung bezüglich welcher Veranstaltungen mit finanziellen Mitteln für das Gedenken an den 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 (bitte entsprechend nach Datum, Organisation und finanziellen Mitteln auf-
listen)?

Zahlreiche, von der Bundesregierung geförderte Einrichtungen der historischen, politischen und kulturellen Bildung führen Veranstaltungen und Ausstellungen zum 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion durch. Zu nennen ist hier insbesondere die Tafelausstellung der Ständigen Konferenz der Leiter der NS-Gedenkorte im Berliner Raum „Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941–1945“ aus Anlass des 75. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, die vom Bundesministerium für Kultur und Medien (BKM) mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 48 000 Euro finanziert und am 21. Juni 2016 durch Frau Staatsministerin Prof. Grütters eröffnet wird. Exemplarisch seien auch folgende Ausstellungen genannt.

- Ausstellung der Stiftungen Topographie des Terrors und Denkmal für die ermordeten Juden Europas „Erobern und Vernichten. Massenerschießungen zwischen Ostsee und Schwarzen Meer 1941-1945“,
- Ausstellung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst „Kriegsgefangene Rotarmistinnen im KZ. Sowjetische Militärmedizinerinnen in Ravensbrück“,
- Ausstellung des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst „Juni-Briefe. Ungelesene Feldpost aus Kamenez-Podolsk vom Juni 1941“,
- Sonderausstellung der Gedenkstätte Sachsenhausen zum 75. Jahrestag der Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Sachsenhausen
- Gedenkveranstaltung des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst (Ort: Deutsches Historisches Museum) in Kooperation unter anderem mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Die für die Veranstaltungen der bundesgeförderten Einrichtungen verwandten Mittel sind hier – mit Ausnahme der oben genannten Mittel für die Tafelausstellung „Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941–1945“ – nicht im Einzelnen bekannt, da diese grundsätzlich aus dem laufenden Haushalt der Einrichtungen sowie gegebenenfalls mit zusätzlichen Fördermitteln von Seiten Dritter bestritten werden.

Das Auswärtige Amt fördert eine Gedenkveranstaltung der Nichtregierungsorganisation „Kontakty-Kontakte“ am 22. Juni 2016 am Sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten mit 10 000 Euro.

7. Wie viele Mittel stellen nach Kenntnis der Bundesregierung die Bundesländer dem Gedenken anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion zur Verfügung (bitte entsprechend der Bundesländer auflisten)?

Über Aktivitäten der Bundesländer im Kontext dieser Anfrage liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

8. Inwiefern ist das Bundesministerium der Verteidigung in die Erinnerungsarbeit zum Gedenken an den 75. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eingebunden?

Das Bundesministerium der Verteidigung ist insofern in die Erinnerungsarbeit eingebunden, als das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (und vormals das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr) seit seiner Gründung wesentliche Grundlagenforschung zum Zeitalter der Weltkriege im Allgemeinen und damit zum Zweiten Weltkrieg im Besonderen leistet und das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden die deutsche Militärgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart im historischen Gesamtzusammenhang darstellt

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

9. Welche Publikationen planen Dienststellen des Bundesministeriums der Verteidigung anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941?

Es sind keine Publikationen geplant.

10. Wie hoch sind die Mittel der Bundeszentrale für Politische Bildung, die anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eingesetzt werden sollen?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) behandelt das Thema im breiteren Kontext ihrer Angebote zum Nationalsozialismus sowie zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und zur Sowjetunion. Spezifische Veranstaltungen zum Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sind nicht geplant.

11. Wie ist die inhaltliche Ausrichtung dieser Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung geplant?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

12. Welche Veranstaltungen werden durch die Bundeszentrale für politische Bildung zu diesem Themenbereich durchgeführt?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

13. Werden im Rahmen dieser Veranstaltungen auch friedenspolitische und antimilitaristische Organisationen in den Veranstaltungen beteiligt, und wenn ja, welche?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

14. Welche internationalen Gedenkveranstaltungen sind der Bundesregierung bekannt (z. B. in Russland)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über geplante internationale Gedenkveranstaltungen, auch nicht der Regierung der Russischen Föderation vor.

15. Gibt es internationale Gedenkveranstaltungen, an denen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung teilnehmen, und wenn ja, welche sind das, und wer nimmt seitens der Bundesregierung teil?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.